

# Der Mahnruf

Wrschiet wöchentlich

Vierteljahrabonnement 3 1.40

Wrschiet wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Mitteldeutsche Straße Nr. 20. - Sprechstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 10

Aray, Dezember 1927

1. Jahrgang

## Obdachlosen-Elend.

Von dem Herr der Obdachlosen, das täglich in den Abendstunden in die Grustadt und Schottengraben der Peripherie hinaranwandert, ist einer im nächsten Sinne des Wortes Donnerstag, den 15. im bessere Jenseits gewandert. Der Arbeits- und Obdachlose Johann Kogler hat in dieser Nacht in der Schottengraben neben der Fabrik Krüninghaus auf einen Schlachthausen übernachtet und ist durch die aufstrebenden Gase vergiftet und in der Straß des nächsten Morgens tot, erstarrt aufgefunden worden.

Der „Arbeiterwille“ schreibt nach diesem Verfall einen Artikel, der die christlichsozialen Menschheit spielte im „Vollblatt“ die Rolle „Galtet den Dieb“ und zeigte als Hauptschuldigen am heutigen Elend auf die Arbeiterkammer, die noch keine Herberge gebaut habe. Die Christlichsozialen möchten also,

daß die Arbeiter aus ihrem Geisse für alle Schwierigkeiten der sozialen Fürsorge aufkommen, damit die gut gesicherten Löhner der Bürgerkammer verschont bleiben. Die Gewerbetreibenden und nicht die Arbeiterkammer sind verpflichtet Obdachlosenherbergen zu errichten und wenn sie heute nicht mit einem Schlag aus dem Boden gestampft werden können, müssen provisorisch Hilfsräume zur Verfügung gestellt werden.

Sozialdemokratische Gemeinderäte! Der Tote in der Schottengraben mahnt euch sehr eine sofortige Obdachlosenfürsorge einzutreten. Wagt ihr in euren warmen Bühl noch weiter diese Mahnung, dann haben die Obdachlosen das Recht, nicht nur die Bürgerlichen, sondern auch euch anzugreifen.

## Abgelehnt!

Die sozialdemokratische Parlamentarisation hat bei der Beratung des neuen Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes, das am 1. Jänner in Kraft tritt, beantragt, die Fortarbeiter in die Arbeitslosenversicherung einzubeziehen, die Hausgehilfen in die Arbeitslosenversicherung einzutreten, die Unterstützung anzupassen der Tenierung zu erhöhen und die Bestimmung, daß Arbeiter in Landgemeinden keine Kostenausweise bekommen, einer Revision zu unterziehen.

Die bürgerlichen Nationalisten, die Christlichsozialen, Großdeutschen und Landbäuer haben die Erfüllung dieser Forderungen abgelehnt. Warum? Ist wirklich kein Geld vorhanden? Das nicht. Aber die Forderungen waren für das Proletariat gestellt und für das Proletariat haben die Bürgerlichen nichts übrig. Die Regierung öfnet ihre Taschen nur dann, wenn Staatspräsidenten Geld brauchen, wenn christlichsoziale Banken in Nöten sind, wenn Unterstützer an den Geldschrank gehen. In diesem Falle können in einer Nacht Milliarden flüssig gemacht werden. Die arbeitslosen Fortarbeiter, die in den Arbeitslosenbüros verhungern, die Hausgehilfen, die Unterstützung betteln und ihren Körper freileben für ein Stück Brot, die große Arbeitslosenarmee, die bei der Hungerunterstützung langsam dahinsinkt und der vollkommenen Verelendung entgegengeht, existieren für die Christlichsozialen, großdeutschen und landbäuerlichen Abgeordneten überhaupt nicht. Das ist nicht nur unter Seigeln so, das wird immer so bleiben, solange die Macht der Bürgerlichen nicht gebrochen ist und die Arbeiter nicht selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen.

Von den bürgerlichen Einflüssen zu fordern oder zu erwarten, gleich wie die Regierung heißt, wäre Dummheit. Das Bürgertum wird keinen Finger rühren, wenn die Arbeitslosen vor Hunger auf der Straße umfallen. Die Bourgeoisie weicht nur einer Nacht und das ist die Macht der Gewalt. Die oben waren, konnten niemals anders zum Nachgeben gezwungen werden als im Angesicht der drohenden Fäulnis. So war es am 1. Oktober 1920 in Paris, wo der Ruf nach Brot solange ungehört blieb, bis die Pariser Arbeiter und Arbeitslosen das Stadthaus und die Büros übernahmen. So war es mit dem Wahlrecht, das den Massen nicht früher gegeben wurde, ehe nicht der russische Arbeiter 1905 auf die Barricaden stieg und selbst dem versteinerten Absolutismus Angst einflößte. So war es 1918, so wird es immer sein.

Eine russische Forderung kommt erst dann, wenn die Unterdrückten aller Mittel erschöpft, die Zähne des Kraftrades und der Gewalt auf die Straße tragen. Dieser Gedanke, diese Tatsache muß nun ausgesprochen werden, da die Bürgerlichen, allen voran die Christlichsozialen, angeführt der unerschütterlichen Keloge der Arbeitslosen, die Forderungen der Sozialdemokraten abgelehnt haben.

## Eine Viertel Million.

Entlich wurden am 15. Dezember 191.117 Arbeitslose gezählt. Da wir diese Zahlen schreiben werden es schon mehr als 200.000 sein. Dazu die vielen Hungergehungerten, die Hungergehungerten, die Hungergehungerten und eine Viertel-Million ist eher noch zu wenig als jetzt. Im Sprengel der Industriellen Bezirkskommission Graz wurden entlich 22.202 gezählt. Auch diese Zahl wird schon weit überschritten sein. Die bürgerliche Regierung könnte durch große öffentliche Arbeiten die Arbeitslosigkeit mildern, aber sie tut es nicht.

## Die Graz-Köflacher Bergbaugesellschaft vor der Übernahme durch die Alpine Montan.

Aller Voraussicht nach wird die Alpine Montan die Gruben der Graz-Köflacher übernehmen. Es wird bereits von Nationalisierung und Entfleugung einzelner Werke in Industrieländern gesprochen. Nationalisierung bedeutet richtige Ausnutzung der Arbeitskraft. Ganz muß die Arbeitsleistung von 2 bis 3 Kampfen übernehmen. Erst dann muß der Kampf um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit aufgenommen werden. Kampfen fordert von den Funktionären des Bergarbeiterverbandes Unterstützung, wie der Verband sich zur Übernahme und geplanten Nationalisierung stellt, welche Wege er einschlagen wird.

## Montan befeht, nicht überwinden.

Die heftigste Offensiv der Montanen Arbeiter, Bauern und revolutionären Soldaten ist zusammengebrochen. Unter dem Schutze der imperialistischen Kriegsschiffe wurden die Arbeiter massenhaft erschossen. Tausende Erhöhen liegen in den Straßen. In Schanghai und Wuhan wüthet ebenso der weiße Terror. Die Bürgerlichen und auch die sozialdemokratische Presse gibt kommentarlos die Schwandelmeldungen vom

Wären des „Vollst“ gegen die Kommunisten wieder statt voll ist in Zukunft „Vorgeweise“. Kaiserhals Kantons, nachdem die Ungewissung durchbrochen wurde, haben sich die Russischdeutschen unter aktiver Mithilfe der Bauern wieder festgesetzt.

## Rintelen vor dem Einzug in die Burg. Warum schweigt die sozialdem. Partei?

Kaufmannsleiter des „Arbeiterwille“ fragt wohl, daß die Tage des Bundeshauptmannes Paul gepöhl sind, und daß der „Arbeiterwille“ in ganz auffällender Weise über die Nachfolgererschaft schweigt. Warum wohl? Damit die Arbeiter nicht auf die Idee kommen, die sozialdemokratischen Landesabgeordneten zum Kampf gegen die Wiederkehr zu zwingen. Die sozialdem. Partei will Rintelen im Interesse der Koalition sein Hindernis entgegenstellen.

## Was viele Interessieren wird und im „Arbeiterwille“ nicht zu lesen war!

Der Grazer Gemeinderat beschloß in seiner Sitzung unter anderen folgenden Betrieben Subventionen zu erteilen: Katholischer Arbeiterverein 50 S., Katholischer Arbeiterverein 50 S., Bauerschaft der deutschen Studenten 200 S., Staatsbeamtenklub 50 S., Südmarkt 100 S., Christliche Arbeiterklub 200 S., Grunplatz 10 S. Außerdem erhielten eine Reihe von Arbeiterklub Subventionen. Die Ursachen 17.1 S., Beulmann 173 S., Schulmeister 173 S., Katholischer Arbeiterklub 17.1 S., die Bergwerkigen Arbeiter 173 S. und die Berg-Jesu-Schwestern 17.1 S. Bei den Gemeindefürsorge wurde das für noch immer gestrichelt. Es bekommen im Jahre 1924, wenn über 40 Jahre alt, 2) S. über 70 Jahre 15 S und über 70 Jahre 10 S im Monat.

Freunde des „Mahnrufes“, spendet für den Pressfond!

Ob die Sozialdemokraten alles getan haben um die Bürgerlichen zu zwingen die Lage der Arbeitslosen zu verbessern, das ist die zweite Frage, die um so leichter zu beantworten ist, als wir bereits gesagt haben, daß das Bürgerium unter Druck gesetzt werden muß, um es nachgiebiger zu stimmen. Taxamentarbeiten müssen der Bourgeoisie angelegt werden, bis sie hört und dazu warren die Kritische alleinst nicht ausreichend, besonders in der Situation, wo Zengel nach dem 1. Juli gegen den Grundtag der Bibel „was du zwei Röcke hast, gib einen deinem Nächsten, der friert“ jede Forderung der Arbeitenden zurückweist. Ja was soll sogar auf, das nicht einmal die sozialdemokratische Presse mit der Lage der Arbeitslosen sich beschäftigt und die Forderungen begründet hat? Wohl haben wir Entwürfe im „Arbeiterleben“ gefunden, die sich mit der Lage der Industriearbeiter befassen, welche die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und vieles andere erörtern, die Arbeitslosenfrage wurde von Oberballester nicht auf die Tagesordnung gestellt. Das hat eine Bedeutung? O ja! Eine sehr große. Die Bürgerlichen finden in der sozialdemokratischen Presse Artikel, welche sich mit der Lage der Arbeitslosen beschäftigen, die ihre Forderungen mit gewichtigen Worten unterstützen. Und das Bürgerium hat seine Ohren. Es sieht darauf, um die Bundesbeamten zwingen sich die sozialdemokratische Partei an, um die Arbeitslosen nicht. Für die wurden nur einige Minderheitsentwürfe gestellt, und der Formalist ist gerade gelaut. Wollen wir vielmehr, daß sich die Sozialdem. Partei für die Bundesbeamten nicht interessieren soll. Nein, das nicht. Wir wollen nur eine der Klagen entsprechende Beachtung für die Arbeitslosenfrage, die wir bei der Sozialdem. Partei bis heute nicht in dem Maße gefunden haben, wie es notwendig wäre. Und darin muß und selbst jeder objektive denkende Sozialdemokrat zustimmen.

Die Klagen für die Verbesserung der Arbeitslosen werden ja gestellt, aber sie werden eine reine Formalisterei durch nichts unterstützt. Weder durch die Presse noch durch eine entsprechende Agitation in der Masse. Nicht eine Partei einer Frage aber Bedeutung zu, dann soll sie diese Frage selbst in der besten Form öffentlich auf. Das ist eine demokratische Verpflichtung, aber nicht einmal die wurde erfüllt. Die Arbeitslosen sind im weiteren Sinne alle Proletariate müssen außer der Arbeit von der geballten Faust, die auf die Bourgeoisie drückt, nicht als ein Oberhandgehör, noch die Organisation in sich aufnehmen, daß die Sozialdem. Partei in der Arbeitslosenfrage mit schuldig ist, an der spätenbleibenden Ablehnung ihrer Forderungen durch die bürgerliche Arbeiterpresse. 4 Seitenblättern nimmt eben kein Mensch ernst.

### Wohin führt der Weg der „Unpolitischen“? Gemeindefarbeiter, macht die Augen auf!

In der letzten Nummer haben wir im Zusammenhang mit einer letzten Seite, die Eisner gegen uns gerichtet, auf seine ungeschickte Argumentation hingewiesen. Ganz einseitig ist Eisner auch und noch mit Hilfe der bürgerlichen Zeitungen mit Druck bewirkt, wie zeigen den Anhängern des „unpolitischen“ Verbandes trotzdem auf, daß Eisners Weg grundfalsch ist.

In vielen Hinsichten, die hier und Rausch herausgegeben haben, wird die freie Gewerkschaftskommission, beziehungsweise dessen Schritte Wagner und andere, der Korruption, Protektion und Nichterfüllung versprochenen Forderungen beschuldigt. Was fehlen für diese Anklagen die Unterlagen. Eisner hat sich mit uns oppositiven linken Arbeitern nicht zusammengebracht, trotzdem wir mit ihm in Verbindung treten. Er hat es vorgezogen, in die Reihen der Klassenfeinde, zum „Volksblatt“ der Christlich-Sozialen, zur „Luziferpost“ der Reichs zu gehen. Also können wir beim besten Willen nicht beurteilen, inwieweit die Anschuldigungen auf Wahrheit beruhen.

Aber angenommen, sie entsprächen alle den Tatsachen. Die Notwendigkeit und Vornehmung zur Bildung neuer Gewerkschaften ist trotzdem nicht gegeben. Durchaus nicht! Haben vielleicht die jetzigen Anhänger des „unpolitischen“ Verbandes die volle Garantie, daß Eisner nicht auf gleiche Föhren wandeln kann? (Politisch ist er ja schon bei den Bürgerlichen gelandet.) Wird man in diesem Falle dann unbedingt daran gehen, eine andere Organisation zu gründen? Nach dem Gedankengang der „Unpolitischen“ wäre dies die notwendige Schlussfolgerung. Man läme vor letzter Reorganisation nicht mehr heraus. Ist das der richtige Weg? Nein! Was not tut, ist Kontrolle der Organisationen, Kontrolle der Zahlung der gemachten Versprechungen, gleichgültig ob sie im Betrieb oder in irgend einem Vorstand oder in öffentlichen Institutionen tätig sind. Nicht der Stimmzettel, nicht der Verbandbeitrag ist das Wichtigste, sondern blühende aktive Teilnahme in allen Fragen, die in der Gewerkschaft oder Partei aufstehen. Not tut der schärfste und unerbitterlichste Kampf gegen das Zurückweichen der Sozialdemokraten vor den Bürgerlichen, not tut der schärfste Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie, wenn sie sich gegen die Interessen der Arbeiter stellt. Um diesen Kampf führen zu können, müssen sich die Arbeiter bis eines gleichen Standes haben, untereinander zusammenschließen. Wir wollen, solange wir die Meinung halten, daß Eisner in diesem Sinne kämpfen wird, betritt den „Nahrungs“ den Gemeindefarbeitern

im Kampfe zur Verfügung zu stellen, so bitten wir und linken Arbeitern sich beraten können, statt dessen hat Eisner die bürgerlichen Zeitungen in Anspruch genommen und von bürgerlichen Einrenten sich beraten lassen. Nicht mit Arbeitern, nein, mit dem Klassenfeind hat sich Eisner isoliert. Im „Nahrungs“, dem Organ der linken Arbeiterschaft zu schreiben, das hat Eisner abgelehnt.

Der „Unpolitischen“ erklären gegen den Betrug der Gewerkschaftsbürokratie für die Interessen der Gemeindefarbeiter gekämpft zu haben. Dieser Kampf war richtig, letztendlich richtig. Falsch war der Weg der Reorganisation des Verbandes. Überdies war die Deklaration als „unpolitisch“ und offener Betrug war der Weg Eisners in die bürgerlichen Reihen. Wir wurden die Arbeiter von den bürgerlichen Zeitungen nach dem 1. Juli beschimpft, Verdächtiger, Böbel, Rab, Gefährlich, so wurden die Arbeiter benannt. Täglich lernten die bürgerlichen Zeitungen die Interessen der Arbeiter mit Häßlichkeit, täglich gegen die bürgerlichen Zeitungen gegen die Arbeiterschaft und trotzdem ging Eisner dorthin. Im „Volksblatt“, dem Verborgen Ministerial, schrieb er seine Artikel im Volksblatt des Herrer Gemüts, schrieb er und young dadurch die Gemeindefarbeiter in der Zeit nach den schmerzhaftesten Blättern zu greifen. Der Kampf, der anfangs viele Sympathien auslöste, mußte drohen in Schand und Spott enden. Den Gemeindefarbeitern wurde ein aufschreiender Kampf durch Eisners Koalition mit den Bürgerlichen auf der Hand geschlossen. Eisners Schuld ist es, daß der Kampf für diesmal ein verloren ist.

Der Fehler begann bei der ersten Verbandserneuerung. Als sich dieser „unpolitisch“ nannte, stahlen die Arbeiter die Ohren. Viele sagten, das reicht nach Verbindung mit den Bürgerlichen. Als die Kritik in den bürgerlichen Zeitungen erschienen, erkannte jeder den offenen Betrug. Gerade darf sich Eisner nicht wundern, daß ihn selbst die Arbeitslosen aus ihren Versammlungen jagten. Die bürgerlichen Zeitungen beschimpften die Arbeitslosen als arbeitsscheues Gefindel und wenn nun Eisner statt in linken Arbeiterzeitungen in bürgerlichen Blättern schreibt, dann muß er auch von den Arbeitslosen in Kauf nehmen, an die Last beider zu werden.

Ob benutzt oder unbewußt, der Weg führte nach der Erneuerung des „unpolitischen“ Verbandes und nach der Ablehnung an die R. P. Opposition zu den Bürgerlichen. Die Gemeindefarbeiter werden Eisner ins bürgerliche Lager nicht folgen. Ihre Sache ist es, die Wiedereinnahme in die „freie Gewerkschaft“ ohne Bedingungen, mit gleichen Rechten zu erlangen. Die Gemeindefarbeiter müssen den Kampf den Eisner ganz gut begreifen, aber schamlos an

## Der rote Späher.

Erzählung aus dem Leben des Roten Späher.

Fortsetzung.

„Merci bien. Ich kann es mir nicht erlauben, mein General. Als ich gestern das Dokument entpufferte, teilte ich es sofort dem Leiter Ihres Arbeitsdienstes mit, damit er zum Empfang des wertigen Gutes gleich bereit sei. Ich weiß aber nicht, was daraus werden wird. Es stellte sich heraus, daß in der Spionageabteilung weder eine Photographie von ihm, noch sonstige Aufzeichnungen über seine Person vorhanden sind. Ich habe gleich gestern dorthin geschickt, daß man um eine Beschreibung oder am besten gleich eine Photographie des Herrn Disziplin lasse.“

„Und wenn das nicht geschieht? Noch ein Blick auf vollendet?“

„Merci bien. Was werden auch so schon fertig mit ihm. In der Spionageabteilung gibt es viele alte Leuten der alten zaristischen Petersburger Zeit, zum Beispiel des „Céphas“ und der Gradermerie. Sicherlich frant einer von ihnen den Disziplin. Er ist ja ein bekannter Volksheld. Das hat uns der

Leiter gesagt. Oh, ich dachte, das ist schon das dritte Glas!“

„Über bitte, wer wird denn zählen? — A propos, Photographieren. Wann werden Sie mit Ihrer Portier Sammlung gehen? Und hier haben Sie auch ähnliche Aufnahmen von den höchsten Schichtgebern gemacht?“ Der General wucherte hierbei wie ein Franz.

„Aber natürlich, mein General! Auch von hier habe ich eine ganze Kollektion. Einen wehren Blumen-garten? Bitte, besuchen Sie mich recht bald, damit ich sie Ihnen zeigen kann...“

Ich hörte nicht mehr hin, umso weniger, als das Gespräch immer leiser und schwächer wurde.

Der Valzer fing ungeschicklich an zu wackeln.

Nun, einer fürchte ich jetzt. Daß nämlich jemand den Waggon betreten könnte. Ich ging hinan, schloß die beiden äußeren Türen ab und legte die Kliegel vor. Wenn jetzt jemand klopfte, das wäre verdammt schlecht. Später werde ich schon einen Hund haben.

### XII.

#### Die Handschrift unseres Kommandanten.

Als ich den Gang des Waggons wieder betrat, herrschte im Salon der General's tiefe Stille. Ich stampfte absichtlich laut auf mit meinen Stiefeln.

Die Vorhänge an den Fenstern eines Salons, wogend sind für gewöhnlich heruntergelassen. Das gehört zum äußeren Ansehen aller im Salons wohnenden Personlichkeiten. So konnte man von außen nicht beobachten, was im Innern vor sich ging, daher handelte ich ohne jede Rücksicht, von außen gesehen zu werden.

Der General und sein Gast schliefen betritt. Der eine auf dem Sofa ausgestreckt, der andere im Sessel. Der General schnarchte im tiefen Schlaf, während der Fremde leichte Pfiffe durch die Nase erließen ließ und mit den Lippen schnappte.

Zu allererst nahm ich die Flasche vom Tisch. Fast die Hälfte des Inhalts war noch da. Ich goß ihn bis zum letzten Tropfen in den Becher, nahm eine andere, ungeöffnete Flasche derselben Marke aus dem Korb, der neben dem Schrittschritt stand (der General war ein vorzüglicher Fezz, er nahm gleich einen feinen Weinläufer mit auf Reisen).

die Bärgerlichen orientieren hat, fortsetzen, den Kampf um Verbesserung ihrer materiellen Lage.

Nutzen die Güter und Mensch im christlichen revolutionären Sinne als Klassenbewusste Arbeiter, als geschlossener Cypossion innerhalb des Verbandes den Kampf geführt und wären sie deswegen mit dem ganzen Anhang aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden, dann hätten sie eine Organisation der Antipathisten bis zur Wiederaufnahme, um die sie ihren Kämpfen wässern, bilden können, ohne von der Arbeiterchaft Schimpf und Spott zu ernten.

Die Gemeinbedienten werden auch ihre Cypossion zur Gewerkschaftsbürokratie aufrecht erhalten müssen, bis es dem linken Flügel der Arbeiterchaft gelingen wird, an Stelle der verpöhten Bürokraten und Reformisten Klassenkämpfer zu stellen. Niemals darf aber der Arbeiter aus der Gewerkschaft austreten. Niemals darf er zum Klassenfeind übergehen. Das schändliche Ende der Güter und Konfession ist eine heilsame Lehre für Viele, wie man es nicht machen soll. Wer heute erfolgreich gegen die Fallbrühen der Sozialdemokratie ankämpfen will, wer gegen Gewerkschaftsbürokratie zu kämpfen bereit, der muß sich aus entschließen. Einen dritten Weg gibt es nicht. Cypossionelle Gemeinbedienten treten deshalb mit uns in Verbindung!

### Aus dem Reichlichen Landtag.

Der sozialdem. Abgeordnete Wolf führt Beschwerde gegen das Mädchen-Einstellungsministerium der „Guten Intentionen“, wo die Mädchen barbarisch behandelt werden. Er beantragt, ein eigenes Erziehungsinstitut zu errichten. Der Antrag wurde von den Bärgerlichen abgelehnt.

Durch eine Anfrage des Abg. Kuffi wird die Bevölkerung wieder erinnert, daß Minister, Herr, Beschäftigung eine Dolosurleihe gemacht haben, mit der nichts geschieht, sondern das Geld nur in christlich-sozialer Irrendemokratie verschwendet wurde.

In der Debatte über den durch die Primwahlen aus Laus erteiltem Oberleutnant Rabatz appellieren die Sozialdemokraten an die Einsicht der Bärgerlichen, den Sozialismus nicht zu fördern. Das ist das Gewinnsziel eines freien Hundes. Die Arbeiterchaft wehrlosig machen, dann braucht niemand weineln.

Auf Antrag der christlichsozialen Willwisch-Kaufmann wird mit den Stimmen der Bärgerlichen für die Reichlichen Privatschulen ein Betrag von 60.000 S. bewilligt gemacht. Bei der öffentlichen Forderung wird dessen Dementisprechung geteilt.

Der Sozialdemokrat Gähler trat für eine Entschleunigung der Landesgrundsteuer ein. Der Bauern-

ständler Weiler war dagegen, damit den kleinen Bauern nicht auf Kosten der größeren eine Entlastung gegeben wird. Der Antrag Gähler wurde dann auch mit den Stimmen der christlichsozialen und landwirtsch. Großbauernvertreter abgelehnt.

Der Sozialdemokrat Wollsch stellte den Antrag, 20 Proz. der Landesgrundsteuer für Wohnzwecke zu verwenden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Bärgerlichen abgelehnt.

Einmütig wurde beschlossen, für die Förderung des Handels nach Rußland für Ausfallkosten einen Kredit von 3 Millionen Schilling und für Verwendung von Darlehen einen Kredit von 2 Millionen Schilling auszugeben. Die Einmütigkeit hat ihre Ursache im Interesse der Arbeiter und Unterbauern am Handel mit Sowjetrußland. Die Industriellen wollen profitieren und die Arbeiter vor der Arbeitslosigkeit geschützt sein.

## Was man uns schreibt

### Die Weihnachtsumhüllen der Arbeitslosen von Voitsberg.

Wir an vielen Orten, so ging man wohl auch hier daran, den Arbeitslosen eine „kleine“ Weihnachtshilfe zu geben. Anweisungen auf Lebensmittel in der Höhe von 3 S gelangten zur Ausgabe. Die Gemeinde Voitsberg trug 700 S dazu bei. Die sozialdem. Ortsgrößen haben also die Arbeitslosen mit einem riesigen Geschenk bedacht. Eigentlich kann aber von einem Geschenk doch nicht gesprochen werden, da die Arbeitslosen durch die verhängte Erhöhung der Gemeinumlagen und durch die Lichtpunkterhöhung bei einer 10 K. Friedensmehrwohnung schon im ersten Monat des neuen Jahres das Weihnachtsgeschenk in Form der genannten Erhöhungen erwarben. Also nur seine Söhne singen!

Wozu vergessen haben die sozialdem. Ortsgrößen an den Winter, an die jetzige große Kälte. Wie sollen sich die Arbeitslosen das Brennmaterial beschaffen? Zum Kaufen fehlt das Geld, das Kleben auf den Geldern ist verboten! Also müssen die Arbeitslosen mitten im Bergwinter Kälte leiden. Das ist kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Ja, hat denn die Gemeinde Voitsberg, deren Regierungskommissär der Sozialdemokrat Druschter ist, nicht ein Bergwerk in Besitz? Denken die sozialdem. Ortsgrößen nicht daran, aus dem Gemeindebergwerk die Arbeitslosen mit Kohlen zu betreiben? Nein, bis heute haben sie nicht daran gedacht. Wir

fordern sie auf, daran zu denken, wenn sie das nächstmal zur Beratung über „Gemeindegeldangelegenheiten“ zusammentreten.

### Gemeindegeldumlagen-Erhöhung als Weihnacht- und Neujahrsgeschenke an die Wähler von Trebitsch.

Samstag den 17. Dezember tagte in Voitsberg die für Trebitsch einberufene Gemeinde-Interessenten-Versammlung. Besprochen wurde der Kostenanschlag für 1921. Die Gemeinde ist durch den Rückgang der Industrie, durch die hohen Ausgaben für die Gemeinbedienten und der Jagdabfuhr und ganz besonders durch die Rücklaufmehrwohnung der Steueranteile durch die Landesregierung arg verschuldet. Sie müsse deshalb die Gemeindegeldumlagen von 20 auf 260 Prozent erhöhen. Bisher mußte beim Mietzins für jede Zinsstrome 1160 K Steuer gezahlt werden. Ab 1. Januar ist der Multiplikator für die Grundsteuer in Trebitsch 2000. Die Landesgrundsteuer beträgt das 400fache, der Bezirkszuschlag 140 Proz. und die Gemeindegeldumlage 260 Proz. Das bedeutet für den Betrag einer 20 K. Friedensmehrwohnung eine monatliche Mietzahlung von 2 S.

In der Diskussion sprach sich Herr Kaiser gegen die Erhöhung der Gemeindegeldumlage aus, weil eine solche Erhöhung die Besitzlosen auf das schwerste treffen würde. Er forderte die Wähler auf, zum Kampfe gegen die Landesregierung entschlossen zu sein, um eine Steueränderung zu erzwängen, wozu die Gemeinden das Recht bekommen, eine Steuererhöhung vorzunehmen. Es soll nicht wie bisher ruhig zugehen werden, wie das Land die Steueranteile den Gemeinden schuldig bleibt, um die genannten Milliarden aus der Zeit hinterher, Herr, Beschäftigung und Konfession auf Kosten der Gemeinden herzubringen. Gegenmaßnahmen müssen ergriffen werden.

Auf die Ausführungen des Herrn Kaiser meldete sich der Sekretär der sozialdem. Bezirksorganisation, Striner, zum Wort, der wohl in einigen Punkten dem Herrn Striner recht geben mußte, im übrigen aber die Ansicht verteilte, Befolge seien nicht zu ändern. Gegen die schändliche Steuerpolitik des Landes sprach er kein Wort des Protestes. Warum ist leicht begrifflich. Die S. P. betritt sich auf die Koalition vor und niemand darf Kennen und Bauen auf ihrem Reich Präger vor die Fänge werfen.

Bezirksorganisator Wämel aus Voitsberg widerlegte Striner in der Auffassung, daß Befolge nicht zu ändern seien.

Die Kommunisten fordern von der „linken“ sozialdem. Fraktion im Landtag, daß sie für die

offerte sie, gab auch auf ihr die Hälfte fort, ließ einige Tropfen in die erste Blase fallen, kippte sie auf dem Tisch um und stellte die zweite daneben.

Dann ging ich an die Ausführung meines eigentlichen Planes. Ich überdachte den Tisch. Da lag, mit Wein begossen, das verhängnisvolle Papier.

Ich trat heran und betrachtete das Papier, ohne es mit den Fingern zu berühren, mit großer Aufmerksamkeit . . .

Zum erstenmal in meinem Leben glaubte ich eine Sinnestäuschung, eine Delusionation zu haben. Ich presste die Hände so hart an die Schläfen, daß ich vor Schmerz fast das Bewußtsein verlor.

Das — ist ja die Handschrift des Kommandanten der Krone, unseres Genossen Petroff!

Nad in dieser Handschrift war die verdrückte Nachricht geschrieben! „Donnerstag den 11ten. Heute ist mein Gehilfe Lissitschkin nach Zapsinsk zum Stab der Weissen gefahren.“

Ich verschlang das Papier förmlich mit den Augen. Die Größe des Dokumentes — etwa die einer Epistelkarte, die, wie Karton oder feste Pappe,

die Oberfläche — glänzend weiß. Aber, das ist ja nicht anders wie eine Photographie! . . .

Eine Photographie, kein Original! Ein ganzer Sturm von Gedanken, Ratmachungen, Entschlüssen, Plänen heuschte durch meinen Kopf. Rühmen? Dolosken?

Ja, denn eine Photographie überhaupt ein Beweis? Kann denn von einer gefälschten Handschrift nicht ebenso gut eine Photographie hergestellt werden? . . . Wie in jener berühmten Verlogungs-Affäre damals in Genantich?

Aber das lange überlegen idel die solche Entschlußfähigkeit, Gewiss. Ich lasse das Dokument auf dem Tisch. Ich werde weiter suchen.

Ich lief zum Schreittisch. Ein Berg von Papieren und kein Fach verschlossen.

Schnell, ganz schnell, ohne die Lage auch nur eines einzigen Papiers zu ändern, schaute ich alle Dokumente. Die Aufschriften stimmten an meinen Augen vorbei. Da! Ein Urkunde mit der Aufschrift:

„Verträge des roten Stabes!“  
„Verträge des roten Stabes!“  
Unser Verträge! Ich lasse das u. v. m. nehme die darin enthaltenen Dokumente heraus. Ein ganzes

Kartenspiel solcher Photographien, wie das verhängnisvolle Blättchen auf dem Tisch, sollen mir in die Hände.

Ja . . . da war alles schon handtlich beisammen. Der „Transport“ und das „Verdrückte“ und die Nachricht von der beschäftigten Aktion des Genossen Schipostkin.

Dieses letzte Dokument nahm ich an mich. Dieses eine wird mir genügen. Der Verlust eines der vielen Blättchen wird nicht auffallen. Sollte aber eine Kontrolle doch stattfinden und man bemerkt den Verlust, wird man sich sagen müssen, daß doch niemand eine einzelne Karte nehmen würde. Möglichkeit ist sie herausgefallen oder in einem falschen Umschlag geraten. Außerdem waren die Photographien nicht nummeriert. Auch ein Verdrücktes gab es nicht. Hier lag ich jedenfalls richtig.

XIII.

Was nun?

Ich nahm das verhängnisvolle rätselhafteste Dokument, steckte es in die Geheimtasche und legte die übrigen Karten wieder in den Umschlag und diesen genau auf seinen früheren Platz in das unterste Fach

Interessen des wehrfähigen Volkes in den Gemeinden und gegen die Raubzüge der Landesregierung endlich den Kampf mit den schärfsten Mitteln aufnimmt. Die Arbeiterschaft verurteilt in immer größerem Maße das launisch-romme Verhalten der S. P. gegen die reisenden Bestien der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Im Frühjahr werden die Wähler von Trägheit Sorge tragen, daß durch die Kommunisten in der Gemeindefolge radikale Saiten aufgezogen werden.

## Aus dem Arbeiterleben

### Die freigewerkschaftliche Arbeitslosen-Versammlung.

Die Arbeitslosen hofften den Bericht zu hören, daß die Arbeitslosen-Unterstützung, mit der niemand mehr leben kann, erhöht wird. Dem sozialdemokratischen Nationalrat Ebner war die schwere Aufgabe zuteil, von der Ablehnung der Bürgerlichen so zu berichten, daß die Schuld der sozialdem. Partei nicht zu offensichtlich wird. Wir müssen sagen, er hatte mehr Glück als sein Vorgänger Reichlin, der in der vorletzten Versammlung am Sprechen gehindert wurde. Genosse Pfäffel und Wagner, von den Versammelten lebhaft begrüßt, zeigten vor den Arbeitslosen die Wertlosigkeit formaler Anträge im Parlament auf. Damit lockt man keinen Hund aus der Ofenbank, noch weniger zwingt die sozialdem. Partei dadurch die Bürgerlichen die Unterstützung zu erhöhen. Der sozialdem. Partei war es um die Arbeitslosenforderungen nicht ernst. Nationalrat Ebner versuchte seine Partei mit dem Hinweis reinzuwaschen, daß die Bürgerlichen im Falle schärferer Kampfmaßnahmen die Verlängerung des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes hinausgezogen hätten, so daß die Arbeitslosen 14 Tage oder 3 Wochen ohne Unterstützung geblieben wären. Das ist ganz falsch. An der Arbeitslosen-Unterstützung sind die Bürgerlichen selbst interessiert, was sie aber wollen, daß ist die Arbeitslosen-Unterstützung an der untersten Grenze zu halten, so daß die Arbeitslosen einerseits gerade noch vor Rebellion zurückgehalten werden, andererseits aber die Reservearmee aufrecht bleibt.

Sichtlich betroffen fühlte sich Ebner durch den Vorwurf, daß die sozialdemokratische Parteiführung infolge des gefährlichen und guten Lebensniveaus, indem sie gelangt ist, wenig Verständnis für die Not der Arbeitslosen aufbringt. Der „unpolitische“ Eisner wurde von den Arbeitslosen am Sprechen gehindert. Wenn auch der Gewerkschaftssekretär Wagner den Antrag stellte ihn abzulehnen, so ist es immerhin bezeichnend,

daß alle Arbeitslosen der Meinung waren, daß ein „Unpolitischer“, der im „Volksblatt“ Artikel schreibt, in einer Arbeitslosenversammlung nichts zu sprechen hat. Wer lernen will, kann daraus lernen. Der Tätigkeitsbericht des Vertreters vom freigewerkschaftlichen Komitee, Lohsche, bewies die Richtigkeit der Auffassung, die von uns durch Jahre vertreten wurde. Die Arbeitslosen brauchen im Rahmen der Gewerkschaft eine eigene Vertretung. Zur hundertprozentigen Anerkennung des Komitee durch die Arbeitslosen ist nur notwendig, daß die linken Elemente nicht ausgeschaltet bleiben.

## Ereignisse der Woche

**Eine Weihnachtsgannettie für Alexander Weich.** Auf Grund eines Amnestie-Erlasses wird der verurteilte Presser für seine den Bürgerlichen gewidmete Journalistentätigkeit aus der Haft, die ihm ohnehin sehr angenehm gemacht wurde, entlassen.

**Eine Weihnachtsgewandlung an die Kleinrentner** zu machen, hat die Regierung mit dem katholischen Prälaten an der Spitze abgelehnt.

**Jüdische Arbeitslosen-Demonstrationen** in Jerusalem führten zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei 20 Juden verwundet und viele verhaftet wurden.

**Zwei Opfer dummer Bräuche.** Durch das Krampus-Spielen wurden zwei Kinder, eines in Rännten und eines in Preßburg, so geschreckt, daß sie kurz darauf an den eingetretenen Herzaffektionen starben. Vernünftige Eltern lehnen die Krampus-Spieler ab.

**Im Streit getreten** sind die Angestellten der Kuranstalt Wlachserhof, über deren skandalöse Arbeiterausbeutung wir bereits vor Monaten schon berichtet haben.

**Ein großes Waffenlager** wurde durch die kommunistische Fraktion des bayerischen Landtages in der katholischen St. Michaels-Kirche in München aufgedeckt. Akeriale Kreise, die mit dem Faschismus verbunden sind, haben das Lager angelegt, um die Arbeiterschaft, wie 1923 geplant, medezuzupfählen.

**Eine heftige Verschwörung** wurde in Mexiko aufgedeckt. Zur dauernden Beunruhigung der fortschrittlichen Calles-Regierung sollten 4 Millionen Pesos zur Ausrüstung von Aufständischen gesammelt werden.

**Tuberkulose und Krebserkrankungen** sind in Wien im Ansteigen. An Krebs sind bis Dezember 1926 allein 3257 Personen gestorben

**Münchener Gemeinderatswahlen.** Ergebnis: Sozialdemokraten 1737, slowenische Volkspartei 1868, Radikale 234, selbständige Demokraten 881, Kommunisten 147, Nationalsozialisten 127, Deutsche 736, Gemeindefreie 190 Stimmen. Die Mandate verteilen sich: Slowenische Volkspartei 14, Sozialdemokraten 12, Demokraten 6, Nationalsozialisten 1, Kommunisten 1, Gemeindefreie 1.

**Deutschland baut Kriegsschiffe.** Die Marineleitung hat für die nächsten 12 Jahre ein Bauprogramm ausgearbeitet, wonach vier kleine Kreuzer und Torpedoboote als „Anfang“ aufgestellt werden.

## Aus der Internationale.

Unser Bruderorgan, die Tageszeitung „Volkswille“ in Suhl, veröffentlicht den Entwurf einer Rede, die Genosse Rakowsky vor einigen Wochen auf dem Plenum des ZK. halten wollte, aber nicht konnte, da, als die Rede an ihm kam, der Antrag „Schluß der Diskussion“ gestellt und selbstverständlich angenommen wurde. Gen. Rakowsky führt in dieser nicht gehaltenen Rede eine Fülle von Beweisen dafür an, daß die französische Bourgeoisie darauf spekulierte, daß das Volkstüm der russischen Partei den oppositionellen Kommunisten und Bolschewisten in Paris, Rakowsky, nicht unterstützen werde — und wie wir wissen, hat die französische Bourgeoisie Recht behalten.

**Alle Dokumente Joffes** wurden von den Parteiführungen sofort beschlagnahmt, um die Veröffentlichung des warrenden letzten Briefes Joffes zu verhindern.

**Die innerparteiliche Opposition** in der deutschen kommunistischen Partei, die sich mit der russischen und deutschen Opposition solidarisiert und in Südböhmen (Suhl) sehr stark ist, geht jetzt dazu über, die Sühler Tageszeitung „Volkswille“ zu einer bolschewistischen Tageszeitung für das ganze Reich (ab 1. Jänner!) auszugestalten. Die oppositionellen Kommunisten stellen auch die Stadtverwaltung von Suhl und besitzen einige Landtagsabgeordnete, darunter Gen. Guido Heym, den Schriftleiter des „Volkswille“.

## Alpine und Faschismus.

Die Bergvermittlung Stättenberg-Knappenberg entließ viele freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter, um an ihre Stelle Hackenteufel und Heimweh-Angehörige einzustellen. Gleichzeitig wollte sie die Entlassenen unter Gesundheitsaufsicht belagern, was von einigen Hundert Werkarbeiter verhindert wurde.

## Meuterei auf einem italienischen Zerkörer.

Der Korrespondent des „Daily Herald“ meldet von der italienischen Grenze, unter Umgehung der faschistischen Zensur, daß vor einigen Tagen auf dem italienischen Zerkörer „Mortio“ eine schwere Meuterei stattgefunden habe. Die Gefangenen seien zum Teil abmontiert und ins Meer geworfen worden. Die ganze Besatzung einschließlich der Offiziere und des Kapitäns würden verhaftet. Einzelheiten über die Ursachen der Meuterei fehlen.

## Roter Frontkämpferbund Österreichs.

Ausläufe, Zuschriften und Mitgliedereaufnahme jeden Tag von 5 bis 7 Uhr abends bei Genossen Wagner, Graz, Elisabethnergasse 20.

In Bozberg bei Gen. Rohry, Burggasse Nr. 4, jeden Abend.

## Bildungsstufen.

Es unterbleiben alle Bildungsstufen in der Zeit vom 19. bis 31. Dezember.

## Nächster Bildungstag:

- In Endrig: Samstag, den 7. Jänner, halb 8 Uhr abends,
- in Goding: Montag, den 9. Jänner, halb 8 Uhr abends, bei Genosse Baumstark, Schippingergasse 214,
- in Graz: Samstag, den 7. Jänner, halb 8 Uhr abends, Elisabethnergasse 20.

**Beiträge** zur kommunistischen Partei sind im Parteibüro, Graz, Elisabethnergasse 20, anzumelden

des Tisches zurück. Ging dann wieder in mein Abteil und ließ mich auf dem Polsterstuhl nieder. . . Zweimal in meinem Leben hatte ich Todesangst empfunden. Zweimal stand ich kurz vor der Hinrichtung, aber ich erinnerte mich nicht, jemals solch ein lähmendes Entsetzen empfunden zu haben, wie jenes, welches mir jetzt mit heißen Augen ins Gesicht flirrte.

Woran darf man nun noch glauben? Petroff, ein Notar, ein alter Parteiarbeiter — Verräter an der Revolution! —

Auf welche Weise und wem sollte ich nun die Nachricht übermitteln? Und zwar unverzüglich. Jede Sekunde seiner weiteren Arbeit konnte der Sache der Revolution ungeheuren Schaden zufügen. Es ist nicht anzudenken, daß jeder Buchstabe von seiner Hand, auch weiterhin das Blut der Arbeiter und Bauern in Strömen fließen ließe, jener Arbeiter und Bauern, die mit blinden Vertrauen an jedem Wort, jeder Geste ihres geliebten Kommandanten hängen!

Und was dann, wenn Genosse Petroff doch nicht der Schuldige ist?

Und was dann, wenn es nicht möglich sein würde, seine Schuld zu beweisen? Ein Photographie ist ja kein Beweis, um ein Urteil über ihn zu fällen.

Verräter!

Doch nein und nochmals nein und nein! Nicht gleich diese Schlussfolgerung. Weitersehen! Mit allen Sinnen angekrenzt weiter suchen! Die Sache bis zur kleinsten und geringsten Einzelheit aufklären, dann erst öffentlich kundtun. . .

Ist er ein Verräter oder nicht? Dieses Dokument ist der Grundstein zu jenem massigen Gebäude, welches entweder Genossen Petroff oder andere errichten und zerstampfen wird.

Der Ausgangspunkt lag in meinen Händen. Ich hatte den Generalwaggon nicht mehr nötig. Ich hatte da nichts mehr zu suchen.

Ich muß meine Nachforschungen anderswo fortsetzen. . . Aber. . .

Wie entkomme ich hier? Fliehen? Das heißt, ich muß ja gar nicht fliehen. Ich brauche nur meine lieben Sachen nehmen, die Türen zu öffnen und ruhig und spurlos im Dunkel der Nacht unterzutauschen.

(Fortsetzung folgt.)